

E-Partizipation – Gegenmodell, Erweiterung oder neuer Zugang zu BürgerInnenbeteiligung?

Von Peter Kühnberger und Kirsten Neubauer, Wien 2012¹

Die durch den Gebrauch Sozialer Medien veränderten Kommunikationsformen stellen Verwaltungen vor neue Herausforderungen. Während sich das Interesse an der institutionellen Demokratie durch langsam aber stetig sinkende Wahlbeteiligungen zu verringern scheint, nehmen Aktivitäten in Form sozialer Bewegungen wieder zu – und das in bisher unbekannter Professionalität. Die technischen Möglichkeiten bieten Koordinationsräume, die eine aktive und gestaltende Teilhabe deutlich erleichtern. Politisch interessierte MitbürgerInnen haben diese Gelegenheit längst erkannt und ergriffen: Es entsteht zunehmend eine Kultur partizipativer Gewohnheit, die für demokratische Verwaltungen große Chancen eröffnet.

„Das Wissen der Vielen“ (Crowd) ist in manchen Bereichen – wie jener der Stadtentwicklung – eine gute Möglichkeit, für geplante Projekte durch frühzeitige diskursive Einbindung von Betroffenen und Interessierten eine breitere Akzeptanz, Unterstützung und höhere Entscheidungsqualität zu erlangen. Während herkömmliche Methoden der BürgerInnenbeteiligung durch zeitliche wie örtliche Inflexibilität meist nur von kleinen Teilen aktiver BürgerInnen genutzt werden können, bietet der Einsatz von E-Partizipationsmethoden mit verhältnismäßig geringem Aufwand deutlich erweiterte Dialog-Möglichkeiten und einen breiteren Zugang zu Zielgruppen.

BürgerInnen im Internet – stets dabei

80% der österreichischen Bevölkerung nutzen heute das Internet, 5 Millionen davon sogar mehrmals pro Woche. Jede/r Vierte ist mit seinem/ihrer Handy online, liest unterwegs Nachrichten, sucht eine Telefonnummer, schreibt E-Mails oder schaut Fotos seiner Freunde auf Facebook an (...).²

Dieser technologische Wandel verändert unsere Kommunikations- und Informationskultur und bedingt einen gesellschaftlichen Wandel. Spätestens seit Veranstaltungseinladungen über Soziale Netzwerke versendet, neue LebenspartnerInnen über das Internet gefunden oder Petitionen online unterschrieben werden, ist dieser Wandel auf allen Ebenen deutlich spürbar geworden.

Gesellschaftlicher Wandel vor der Blütezeit des Internet

Während die Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen in Österreich bis Anfang der 80er Jahre stets über 90% lag, sank diese in den vergangenen 30 Jahren kontinuierlich bis auf 78% ab.³

¹ Erstellt im Zuge der Erarbeitung des „Handbuch für Partizipation der Wiener Stadtentwicklung“, beauftragt durch den Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 18, DI Thomas Madreiter

² Integral, AIM – Austrian Internet Monitor Q3/2011 n= 3.000. URL: <http://www.integral.co.at/de/downloads/> (Stand: 16.1.2012)

³ Österreichische Nationalratswahlen, Wahlbeteiligung. URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Wahlbeteiligung#Seit_1945 (Stand: 16.1.2012)

Deutlich geringeres Interesse mussten auch politische Parteien (minus 14%)⁴ oder die Katholische Kirche (minus 15%)⁵ in den letzten 50 Jahren erfahren. Gleichzeitig entwickelte sich seit den 70er Jahren ein neues zivilgesellschaftliches Engagement, initiiert vor allem von der Umweltbewegung. Sichtbar war dies beispielsweise durch die steigende Anzahl von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) sowie der erhöhten Zahl an BürgerInnen, die Petitionen unterschrieben (plus 21%) oder an Demonstrationen teilnahmen (plus 10%).⁶

Was sich auf zivilgesellschaftlicher Ebene in Zahlen veranschaulichen lässt, macht sich auch bei der Qualität des persönlichen Engagements bemerkbar. Lebenslange Solidarität mit einer Organisation oder einer politischen Ausrichtung weicht heute zunehmend einem themenorientierten und entsprechend zeitlich befristeten Engagement. Immer häufiger trifft man auf zivilgesellschaftliche Initiativen – ob nun in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, wie der Opendata-Bewegung in Österreich⁷ oder auch in selbstermächtigter Form – also in Eigenregie von Einzelpersonen oder Initiativen ins Leben gerufen.⁸ Auch in Österreich erleben wir gerade in jüngster Zeit eine Vielzahl an Initiativen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger (zunehmend auch über Soziale Medien) organisieren und gemeinschaftlich zivilgesellschaftliche Projekte umsetzen. Die „Transparenzdatenbank“ über alle österreichischen Abgeordneten www.meineabgeordneten.at, die Spendenplattform für zivilgesellschaftliche Projekte www.respekt.net oder auch der Aufbau der demokratischen Bank www.demokratische-bank.at durch BürgerInnen sind nur ein kleiner, aber aussagekräftiger Ausschnitt entsprechender Initiativen und können als lebendiges Zeichen für ein stetiges Zunehmen zivilgesellschaftlichen Engagements gelesen werden – auch abseits von Verwaltung, Politik und Wirtschaft.

Stärkt das Web 2.0 als neue Form der Partizipation unsere Demokratie?

Mit dem Begriff Web 2.0 werden die entstandenen technischen Voraussetzungen für ein verändertes NutzerInnenverhalten im Internet beschrieben – von der konsumierenden Rolle hin zu einer aktiven Rolle des Erstellens, Abänderns, Bewertens oder Teilens von Inhalten. Texte, Bilder oder Musik werden von UserInnen hochgeladen, kommentiert, empfohlen oder kollektiv bearbeitet. All das ist technisch einfach – und kostengünstig geworden.

Wie auch die entsprechenden Zahlen belegen, ist das sogenannte „Mitmachnetz“ in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Etwa zwei von drei InternetuserInnen in Österreich nutzen beispielsweise Soziale Netzwerke.⁹ Damit entstehen neue Formen der Partizipation. Durch die Möglichkeiten des Web 2.0 wird das „Sendemonopol“ analoger Medien aufgebrochen – und BürgerInnen werden von passiven zu aktiven KonsumentInnen bis hin zu ProduzentInnen von Medieninhalten. Es entsteht eine Öffentlichkeit, die auf Vernetzen, Dialog und Feedback ausgerichtet ist – und nicht auf das einseitige Empfangen von Information.

⁴ Walter, Florian/Rosenberger, Sieglinde: Skilled Voices? Reflections on Political Participation and Education in Austria. OECD Education Working Paper, Paris 2007.

⁵ Statistik Austria, Bevölkerung nach dem Religionsbekenntnis und Bundesländern 1951 bis 2001. URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/bevoelkerung_nach_demographischen_merkmalen/index.html (Stand: 16.1.2012)

⁶ Walter/Rosenberger ebd.: (Zeitraum der Auswertung von 1950 bis 2010) 2010 gaben 16% an, an Demonstrationen teilzunehmen und 55% der befragten BürgerInnen unterschrieben Petitionen.

⁷ Open Government Data Austria der Open Data Foundation Austria. URL: <http://gov.opendata.at> (Stand: 16.1.2012)

⁸ Trattnigg, Rita (Lebensministerium) im Rahmen eines Vortrags anlässlich der "Konferenz Zivilgesellschaft" URL: <http://seri.at/wp-content/uploads/2010/11/Vortrag-Trattnigg-Konferenz-Zivilgesellschaft-Juni-08-final.pdf> Juni 2008 (Stand: 16.1.2012)

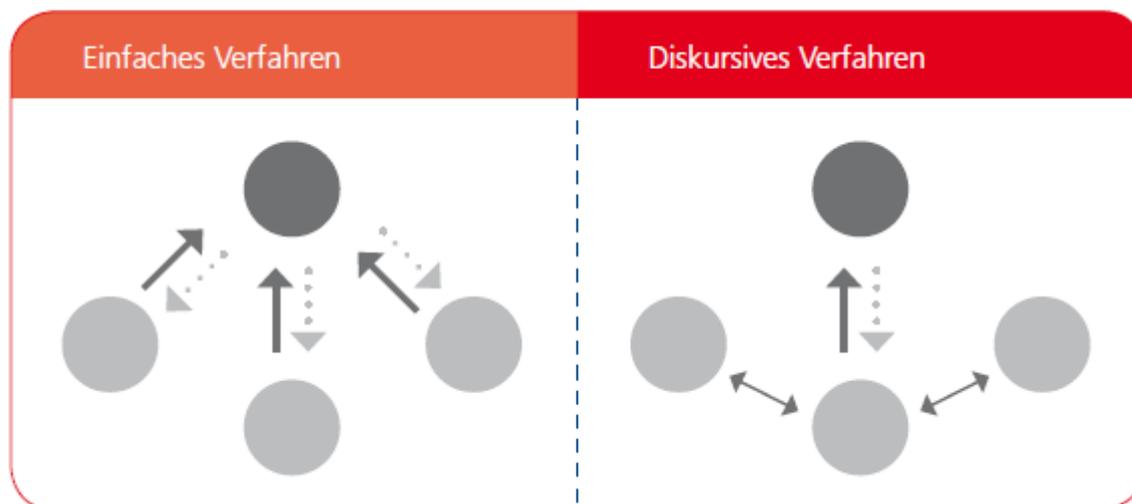
⁹ Social Media Report 2011, Digital Affairs & Integral. URL: http://digitalaffairs.at/Social_Media_2011_DRK.pdf (Stand: 16.1.2012)

Die Voraussetzungen für mehr Kommunikation, Interaktion und Partizipation sind durch die Etablierung der technischen Gegebenheiten im Web 2.0 somit vorhanden. Aber bedeutet diese Teilnahme am „Mitmach-Internet“ gleichzeitig auch eine Belebung der direkten Demokratie? In der Jugendforschung wurde der fließende Übergang zwischen der Online-Teilhabe an Freizeitangeboten, sozialem Engagement und politischer Partizipation inzwischen bestätigt.¹⁰

Der Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli stellt überzogene Erwartungen an das Internet jedoch auf eine realistische Basis: „Das Aktivierungspotenzial ergibt sich nicht aus der Technik selbst, sondern aus der mit konkreten Konfliktlagen verbundenen Betroffenheit und einem daraus resultierenden Kommunikations- und Interaktionsinteresse.“¹¹ Wer sich heute nicht für gesellschaftliche Entwicklungen, Umwelt, Politik oder für seine Nachbarschaft interessiert, der wird sich auch im Internet nur in geringem Maße damit auseinandersetzen. Der Wandel hin zu einer demokratischeren Öffentlichkeit ist also nicht automatische Folge einer technologischen Entwicklung, sondern hängt direkt von dem Mitgestaltungswillen der (Web 2.0-)BürgerInnen und den angebotenen politisch-institutionellen Mitgestaltungschancen ab.¹²

E-Partizipation – ohne und mit transparentem Diskurs

Der Ruf nach einem Mehr an direkter Demokratie als Antwort auf das schwindende Vertrauen in die Lösungskompetenzen der Politik wird lauter. Volksabstimmungen und Bürgerbeteiligung werden auch von Seiten der Politik verstärkt gefordert. Mit Verständlichkeit in der Darstellung und Verbindlichkeit im Angebot ist der/die BürgerIn auch wieder bereit einen Dialog zu führen.



Grafische Darstellung eines einfachen und diskursiven E-Partizipationsverfahrens aus dem Leitfaden Online-Konsultation der Bertelsmann Stiftung.¹³

In Österreich ließ sich 2011 eine verstärkte Tendenz zur Verwendung von Online-Fragebögen als BürgerInnenbeteiligungsinstrument beobachten.¹⁴ Solche einfachen Verfahren (siehe

¹⁰ Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006, S. 222.

¹¹ Sarcinelli, Ulrich: Die schöne neue Web-2.0-Welt – Wege zu einer demokratischen Öffentlichkeit. In: vhw FWS 4 / Juli-September 2011, S. 175ff.

¹² Vgl. Sarcinelli ebd., S. 178.

¹³ Bertelsmann Stiftung, Leitfaden Online-Konsultation. Praxisempfehlungen für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet. Gütersloh 2010, S. 42. URL: www.online-konsultation.de/leitfaden (Stand: 16.1.2012)

¹⁴ Beispiele aus Stadt und Bund für einfache Online-Bürgerbeteiligung über Fragebögen, die 2011 gestartet wurden:
- Neugestaltung der Mariahilfer Straße in Wien. URL: <http://www.dialog-mariahilferstrasse.at> (Stand: 16.1.2012)

Grafik, linker Bereich) haben zwar den Vorteil, dass sie kostengünstig in der Erstellung und Betreuung sind, bieten aber kaum Transparenz in Bezug auf die Beiträge, wodurch die Ergebnisse für die Öffentlichkeit nur schwer nachvollziehbar sind.¹⁵ Das Potenzial der kollektiven Lösungserstellung durch die „Weisheit der Vielen“ kann somit nicht wirklich genutzt werden.

In diskursiven Verfahren (siehe Grafik, rechter Bereich) werden alle konstruktiven Anregungen, Ideen oder Anliegen transparent dargestellt. Dadurch kann eine Idee von einem/einer anderen NutzerIn weiterentwickelt und Teil einer neuen Lösung werden. Die Folge sind weniger sich wiederholende Argumente sowie eine bessere Vermittlung von Problemlagen und Sichtweisen zwischen allen Beteiligten.¹⁶

Online-Konsultationen für Stadt- und Leitbildentwicklung, Agenda-Setting und Bürgerhaushalte

In Deutschland wurden in den letzten 13 Jahren über 100 solcher online moderierter und zeitlich befristeter Konsultationen gezählt. Zum Einsatz kamen Online-Dialoge meist in vier Bereichen „(1) Prozesse zu städtebaulichen Veränderungen und Stadtgestaltung, (2) Visions- und Leitbildentwicklung, (3) Agenda-Setting-Dialoge zur Diskussion zentraler Themen wie demografischer Wandel oder Familienfreundlichkeit sowie bei (4) Prozessen zur Verteilung von Ressourcen“ (Bürgerhaushalte).¹⁷

Ziel dieser E-Partizipationsangebote ist ein Dialogprozess, der Orientierung anbietet, frühzeitig und sachlich von Seiten der Verwaltung oder Politik informiert, und konkrete Vorschläge, Ideen und Erwartungen der BürgerInnen aufgreift. Organisiert sind diese Konsultationen als ein Vermittlungsangebot, in dem man sich über Konflikte verständigt.¹⁸

Was erwartet sich die Verwaltung von E-Partizipation?

Eine im Jahr 2011 durchgeführte Studie über Erfahrungen und Einstellung deutscher Verwaltungsbediensteter zum Thema E-Partizipation hat ergeben, dass diese den sinnvollsten Einsatzbereich für Online-Beteiligung im Bereich der Stadtplanung und -entwicklung sehen. Sowohl regionaler Bezug als auch persönliche Betroffenheit durch Planungsvorhaben wird dabei als wichtigster Motivationsgrund für Bürgerbeteiligung erachtet.

Die knapp 200 in dieser Studie befragten Verwaltungsbediensteten verbanden mit elektronischer Bürgerbeteiligung deutlich mehr Chancen als Risiken. Probleme wurden in Bezug auf die Umsetzung von Partizipationsprojekten vor allem in den Bereichen eines Kosten-Nutzen-Verhältnisses, der Repräsentativität und der Beteiligungsqualität gesehen. Ein modernes Image, die Erhöhung von Transparenz, sowie der Gewinn aktueller Informationen

-
- Erstellung der Rahmengesundheitsziele für Österreich. URL: <http://www.gesundheitsziele-oesterreich.at> (Stand: 16.1.2012)
 - Reformdialog über die Zukunft des öffentlichen Dienstes. URL: <http://www.reformdialog.at> (Stand: 16.1.2012)

¹⁵ Vgl. Bertelsmann Stiftung ebd., S. 42-43.

¹⁶ Vgl. Bertelsmann Stiftung ebd., S. 43.

¹⁷ Vgl. Märker, Oliver/Wehner, Josef: Online-Bürgerbeteiligung in Kommunen, Anfänge – Aktuelle Verfahren – Weiterführende Fragen. In: vhw FWS 4 / Juli-September 2011, S. 201ff.

¹⁸ Vgl. Neubauer, Kirsten/Kühnberger, Peter/Dettling, Daniel: Rathaus 2.0 – Praxisleitfaden für Verwaltung und Politik im Umgang mit Online-Bürgerbeteiligung. Wien 2010, S. 7. URL: www.neuundkuehn.at/uploads/media/Rathaus_2_0.pdf (Stand: 16.1.2012)

für Entscheidungsprozesse wurden als besonders positive Komponenten eines Partizipationsprozesses beschrieben.¹⁹

Den Schatz des BürgerInnenwissens über das Internet bergen

Die Beteiligung über das Internet hat klare Vorteile gegenüber klassischen Vorort-Beteiligungsverfahren. Die Teilnahme an einer Abendveranstaltung ist vielen Personen (wie beispielsweise Pendlern, Eltern, NachtarbeiterInnen oder Personen mit eingeschränkter Mobilität) nicht ohne weiteres möglich. Auch kann es Hemmungen geben, bei einer BürgerInnenversammlung direkt das Wort zu ergreifen.

Sowohl Zeit- wie auch Ortsunabhängigkeit und eine tendenziell größere Barrierefreiheit erhöhen die Möglichkeiten, einen Beitrag abgeben zu können – was für den Einsatz von E-Partizipationsmethoden spricht.²⁰ Das Internet eignet sich darüber hinaus besonders gut für die Interaktion zwischen einer größeren Anzahl an Menschen und ermöglicht eine ausführliche Informationsvermittlung in beliebiger Tiefe – textbasiert oder auch durch die Verwendung interaktiver Karten, Bild- oder Tondokumenten abwechslungsreicher gestaltet. Eine Expertengruppe der OECD kam zum Schluss, dass Online-Angebote mehr Interaktion erlauben, strukturierter Debatten ermöglichen und den Dialog transparenter gestalten.²¹

KritikerInnen bemängeln die Teilnahme von einigen Tausenden BürgerInnen als zu gering, stellen Vergleiche zur Wahlbeteiligung her – und vermissen die entsprechende Repräsentativität. Dass das Erarbeiten eines neuen Stadt-Leitbilds oder Ideen bzw. Kommentare zu Vorhaben der Stadtplanung naheliegender Weise eine andere Beteiligungsquantität haben, als die Stimmabgabe an der Urne, wird dabei gerne übersehen. Angemessen wäre, die Zahlen von Online-Beteiligungsangeboten mit den TeilnehmerInnenzahlen traditioneller Bürgerversammlungen, Zukunftsworkshops o.ä. zu vergleichen.

E-Partizipation – nur für Eliten?

Häufig wird den im Internet zur Verfügung gestellten Medien unterstellt, dass sie die Kluft zwischen neuen digitalen Eliten und bildungsfernen Schichten, die die erweiterten Beteiligungschancen nicht nutzen, vergrößert. Dazu ist es gut sich anzusehen, wer sich im Social Web bewegt und wie es genutzt wird.

Das Technologie- und Marktforschungsunternehmen Forrester Research, Inc. prägte zu dem Thema die Theorie der „Social Ladder“²² (landläufig auch die 100/10/1-Regel genannt), für die – berücksichtigt man die Mengenverhältnisse – die Bezeichnung „Social Pyramid“ wohl eher zutreffen würde.

Als „Spectators“ wird dabei die zahlenmäßig größte Gruppe beschrieben, nämlich jene UserInnen, die Social Media-Angebote wie Blogs, Podcasts, Reviews oder benutzer- generierte Inhalte nur konsumieren. Auf der nächsten Stufe folgen die „Joiners“, Nutzer von Sozialen

¹⁹ Vgl. E-Partizipation in der Öffentlichen Verwaltung, HG: Materna und Hochschule Harz, 2011. URL: <http://www.e-partizipation-studie.de> (Stand: 16.1.2012)

²⁰ Vgl. Koop, Alexander/Lührs, Rolf: Beteiligen per Internet – auf das WIE kommt es an! In: vhw FWS 4 / Juli-September 2011, S. 217ff.

²¹ Vgl. OECD (Hrsg.): Promise and Problems of E-Democracy: Challenges of Online Citizen Engagement. Paris OECD, 2003.

²² Vgl. Forrester Research, Inc. URL: http://forrester.typepad.com/groundswell/2007/04/forresters_new_.html (Stand: 16.1.2012)

Netzwerken, die sich vernetzen, Fotos hochladen und „Gefällt mir“-Klicks abgeben. Inhaltlich stärker bringen sich die „Critics“ ein, sie reagieren auf Inhalte anderer, kommentieren Blog-Beiträge oder editieren Wikipedia- Artikel. An der Spitze, und damit in geringster Anzahl anzutreffen, sind die „Creators“, sie verfassen beispielsweise Blog-Beiträge oder erstellen Videos.²³

Diese Pyramide veranschaulicht die unterschiedlichen Beteiligungsqualitäten im Internet. Wenn man bedenkt, dass knapp 4 Millionen ÖsterreicherInnen Teil dieser Pyramide sind, ist die Gegenfrage gerechtfertigt, warum diesem Teil der Gesellschaft kein Partizipations-Angebot für den Bereich, in dem sie sich gerne bewegen, gemacht werden sollte. Das Erlernen von Medienkompetenz ist digital wie analog eine Bildungs- und Demokratieaufgabe für unsere Gesellschaft. Durch ein Nicht-Angebot von E-Partizipation wird es aber sicherlich nicht gefördert.

Uwe Becker, Verantwortlicher der Stadt Frankfurt für die Online-Beteiligung zum Budget, zog am Ende einer Online-Beteiligungsphase folgendes Resümee: „Mir persönlich macht das richtig Freude. Das Ziel, vielen Menschen eine Plattform geboten zu haben, die sich sonst nicht äußern, nicht in die Ortsbeiräte und Ausschüsse gehen, ist erreicht.“²⁴

State of the art: Das Verbinden partizipativer Off- und Online-Methoden

Neue E-Partizipationsverfahren ersetzen langjährig etablierte Offline-Beteiligungsangebote und Agenda-Prozesse nicht. Vielmehr ist das Ziel ein Abholen möglichst vieler BürgerInnen nach ihrem jeweiligen Mediennutzungsverhalten und ihren entsprechenden Möglichkeiten zur Teilnahme. E-Partizipationsprojekte und Offline-Verfahren unterstützen und bereichern sich gegenseitig.

Online-Konsultationen sollten also immer auch alternative Wege anbieten, um Anliegen per Telefon, Brief oder vor Ort Veranstaltungen einbringen zu können. Der Unterschied zu traditioneller Bürgerbeteiligung liegt darin, dass auch diese Beiträge online gestellt werden und so ebenfalls von anderen aufgegriffen werden können.

Oder mit Herbert Kubicek gesprochen: „Genau betrachtet geht es um einen doppelten Medienmix. Neben der gerade erwähnten Kombination alter und neuer Kommunikationsformen im Beteiligungsprozess kommt es auch auf die richtige Mischung der Kommunikation im Beteiligungsprozess und über den Beteiligungsprozess an ... und hier insbesondere auf die Mischung aus alten und neuen Medien.“²⁵

Um das Verschmelzen von „neuen“ und „alten“ Praktiken zu veranschaulichen, sollen hier zu guter Letzt zwei entsprechend gelungene Beispiele kurz vorgestellt werden:

Auf der Online-Plattform „next-Hamburg“²⁶ werden aktuell Ideen zur Stadtentwicklung Hamburgs gesammelt, lebhaft diskutiert und darüber abgestimmt, zu welchen Ideen Zukunftsstudien von ArchitektInnen erarbeitet werden sollen. In Zukunftworkshops vor Ort

²³ Zu ähnlichen Ergebnissen gelangten auch Simon Künzler und Andrea Iltgen in ihrer Studie „Web 2.0 in der Schweiz“ (2007), vgl. Künzler, Simon/Iltgen, Andrea: Partizipieren ist Zeitgeist. In MTJ Nr. 6, 2008. URL: <http://www.mtj.ch/artikel.php?id=1902> (Stand: 16.1.2012)

²⁴ Frankfurter Rundschau vom 21.12.2011: 100 Ideen für Frankfurt. URL: <http://www.fr-online.de/frankfurt/buergerhaushalt-100-ideen-fuer-frankfurt,1472798,11337702.html> (Stand: 16.1.2012)

²⁵ Kubicek, Herbert: Medienmix in der Bürgerbeteiligung – Welche Kommunikationswege braucht die politische Partizipation? eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2011 vom 12.12.2011.

²⁶ URL: <http://www.nexthamburg.de> (Stand: 16.1.2012)

werden mit interessierten BewohnerInnen dreidimensionale Modelle aus Karton ²⁷ gebaut und diskutiert. Alle dadurch generierten Erkenntnisse werden zur weiteren Diskussion wieder zurück ins Internet gespielt.

Das zweite Beispiel kommt aus Kopenhagen. BürgerInnen sollten sich dort bei einem Stadtentwicklungskonzept einbringen. Dazu ließ sich die Stadt für unterschiedliche Zielgruppen etwas Besonderes einfallen: An einem „Ideen-Würstelstand“ erhielt man beispielsweise für eine abgegebene (bzw. gleich in den Laptop eingegebene) Idee zur Stadtentwicklung kostenlos eine Wurst. Die Ideen zur Stadt der Kinder und Jugendlichen holte man hingegen mit bunten Fahrradrickschas und Süßigkeiten ab. Auf Ideen-Landkarten wurden diese im Internet verortet und visualisiert – und konnten so von anderen aufgegriffen und online weiter diskutiert werden. ²⁸

Schön zu sehen ist an diesem Beispiel auch, dass zur Förderung der Teilnahme spezieller Zielgruppen (beispielsweise Kinder und Jugendliche, MigrantInnen oder auch alleinerziehende Elternteile) sich die inhaltliche Ausrichtung des Angebots an diesen orientiert und ein für die jeweilige Zielgruppe klar erkennbarer Mehrwert gegeben sein sollte.

Online-Beteiligung baut in ihren Grundlagen – wie zum Beispiel ausreichend Gestaltungsspielraum, Verbindlichkeit und Prozesstransparenz – auf den Erfahrungen klassischer Beteiligungsformate auf. Einen völlig neuen Zugang bietet E-Partizipation mit der möglichen transparenten kommunikativen Öffnung zu Verwaltung, Politik oder Institutionen an. Wenn BürgerInnen in diesem Sinn ausreichend offene, professionelle und beworbene Mitgestaltungsmöglichkeiten im Internet geboten werden, lässt sich auch mit reger Beteiligung und entsprechend gelungenen Ergebnissen rechnen.

²⁷ Die 3-D-Pappmodelle sind auch Bestandteil eines gemeinwesenorientierten und mobilisierenden Planungsverfahrens zur Verbesserung der Lebensqualität von Regionen und Orten mit dem Namen „Planning for Real“ s. URL: <http://www.buergergesellschaft.de/politische-teilhabe/modelle-und-methoden-der-buergerbeteiligung/planungsprozesse-initiieren-und-gestaltend-begleiten/planning-for-real/106201> (Stand: 16.1.2012)

²⁸ URL: <http://www.andersdenken.at/open-innovation-kopenhagen>, URL: <http://indrebylokaludvalg.kk.dk> (Stand: 16.1.2012)